

# FDP und CVP trauen Levrat nicht

Das Angebot von SP-Präsident Levrat, mit FDP und CVP über «konstruktive Militärpolitik» zu reden, stösst bei den Mitteparteien auf deutliche Ablehnung.

Stefan Bühler

SP-Präsident Christian Levrat hat am Donnerstag die Parteipräsidenten von CVP und FDP «zu Gesprächen über eine konstruktive Militärpolitik» eingeladen. In einem Brief, der der «NZZ am Sonntag» vorliegt, schreibt Levrat, die SVP habe sich mit ihrem Entschluss, erst wieder Rüstungskredite zu beraten, wenn Bundesrat Schmid zurückgetreten sei, «weitgehend aus der Militärpolitik verabschiedet». Da die Grünen diesen Kurs aus anderen Motiven unterstützten, «werden im Nationalrat nur noch wenige Stimmen fehlen, um die Militärpolitik gänzlich zu blockieren». Sowohl dem Rüstungsprogramm 08 als auch der Revision der Militärgesetzgebung drohe der Absturz, was laut Levrat «in keiner Art und Weise im Interesse der SP» liege. Er «ersucht deshalb die FDP und die CVP, in kleinen Delegationen von je zwei bis drei Personen mit der SP an einen Tisch zu sitzen».

Die FDP teilt zwar Levrats Einschätzung, dass sich die SVP «mit den linken Armeeabschaffern verbündet», wie sie am Samstag in Zeitungsinseraten geschrieben hat. Zu den «linken Armeeabschaffern» zählt sie aber auch die SP. So sagt FDP-Generalsekretär Stefan Brupbacher zu Levrats Brief, man sei zwar «immer bereit, mit anderen Parteien nach Lösungen zu suchen». Die SP sei bisher in der Militärpolitik aber «unzuverlässig» gewesen. Er erinnert an die Stimmfreigabe bei der Initiative für die Abschaffung der Armee oder an das Nein zu den F/A-18-Jets. Bevor über eine gemeinsame Militärpolitik gesprochen werden könne, müsse die SP «den Worten Taten folgen lassen – unter anderem mit einem Bekenntnis für neue Kampfflugzeuge».

Auch CVP-Präsident Christophe Darbellay zweifelt an der Ernsthaftigkeit von Levrats Einladung. Es gebe in der SP immer noch «reihenweise» Armeegegner: «Dass sie sich nun von Armeeabschaffern zu Korpskommandanten verwandeln wollen, finde ich eigenartig.» Darbellay glaubt, dass Levrat «nur nach einem Notausgang sucht»: Die SP könne ihr «Spiel der unheiligen Allianzen mit der SVP weder politisch noch imagemässig weiter spielen». Die Armeepolitik sei «klar definiert mit der Armee XXI, die von FDP und CVP geprägt wurde». Sei es der SP ernst, müsse sie in der nächsten Session den Tatbeweis antreten und dem Rüstungsprogramm zustimmen.



Ein Gripen-Kampfjet des schwedischen Herstellers Saab bei einer Flugschau am 9. August in St. Stephan (BE). (Alessandro della Valle/Keystone)

# Kritik an Kampfjet-Evaluation

Beim Kauf neuer Kampfflugzeuge wird auf breiter Front mehr Transparenz gefordert

Politiker von links und rechts wollen die Kriterien für den Kauf neuer Kampfjets erfahren. Die Anti-Korruptions-Bewegung Transparency International unterstützt die Forderung.

Andreas Schmid

Ein internationaler Workshop in Genf befasste sich im Mai mit der Herstellung von Transparenz bei Rüstungsgeschäften, um Korruption zu verhindern. Der Anlass wurde vom Bund unterstützt, das Aussendepartement leistete einen finanziellen Beitrag. Was Spezialisten in Genf forderten – offen deklarierte Kriterien und Anforderungen für die evaluierten Güter –, hat der Bund selber nicht übernommen: Die für die Rüstungsbeschaffung zuständige Armasuisse jedenfalls will das Verfahren für den Kauf neuer Kampfjets für 2,2 Milliarden Franken unter Ausschluss von Parlament und Öffentlichkeit durchführen. Die Daten würden nicht preisgegeben, machte der zuständige Projektleiter frühzeitig klar, die Geheimhaltung müsse in diesem

sensiblen Bereich gewährleistet sein. Der schwedische Saab-Konzern, das französische Unternehmen Dassault sowie das europäische Konsortium EADS buhlen um den Grossauftrag, den die Schweiz 2010 vergeben will, um ihre Tiger-Flotte zu ersetzen. Zurzeit testet die Armasuisse den Gripen von Saab, bis im Dezember werden auch der Rafale von Dassault und der Eurofighter von EADS erprobt.

## Strikte Geheimhaltung

Welche Bedingungen die Hersteller zu erfüllen haben, wie die Flugzeuge in den Tests abschneiden und wie viel die einzelnen Jets kosten, wird nicht kommuniziert. Ein Vorgehen, das auf breite Kritik stösst. Josef Lang, grüner Zuger Nationalrat und Vorstandsmitglied der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), verlangt von der Armasuisse und vom Bundesrat, das Anforderungsprofil für die neuen Kampfflugzeuge offenzulegen. Lang wird damit in der zuständigen Subkommission nicht allein bleiben. Der Solothurner SVP-Nationalrat Roland Borer fordert ebenfalls ein «Offenlegen der Daten, die für den Entscheidungsprozess wichtig sind». Zudem müssten die für die Ver-

gabe entscheidenden Kriterien preisgegeben werden.

Grundsätzlich erhöhten verdeckte Anforderungsprofile, heimliche Entscheidungsprozesse und involvierte Zwischenhändler das Risiko für unlautere Geschäfte, sagt Chandu Krishnan, Chef der Anti-Korruptions-Organisation Transparency International in London. Gerade die Rüstungsindustrie sei anfällig für unlautere Geschäfte. Die USA und Grossbritannien zum Beispiel befolgten deshalb beim Kauf von Armeematerial strikte, transparente Prozesse. Krishnan fordert für alle Staaten ähnliche, international geltende Standards.

In der Schweiz werden Befürchtungen, unlautere Methoden könnten den Kampfjet-Kauf beeinflussen, aufgrund von Verwicklungen der drei offerierenden Herstellerfirmen in angebliche Korruptionsfälle im Ausland geäussert. EADS geriet 2001 wegen eines Bestechungsskandals in Südafrika ins Zwielicht. 2003 wurde dem Konzern vorgeworfen, er habe in Österreich Zahlungen geleistet, um den Eurofighter zu verkaufen. 2004 stoppt Indien wegen Korruptionsvorwürfen eine Beschaffung von EADS-Helikoptern.

2002 soll Dassault in Südkorea Militärs bestochen haben. 2004 geriet das Unternehmen in Indien in Verruf, weil angeblich Mittelsmänner mit Kommissionszahlungen Rüstungsgeschäfte eingefädelt hatten.

Ein Saab-Partner soll 2003 in Österreich Provisionen versprochen haben, falls der Gripen gekauft würde. 2003 entscheidet sich Ungarn für den Gripen. 2004 folgt Tschechien. In beiden Fällen werden Korruptionsvorwürfe untersucht, wobei das Verfahren in Ungarn im vergangenen Mai eingestellt wurde. Auch in Südafrika wird Saab der Bestechung bezichtigt.

## Politiker als Söldner?

Aufgrund solcher Schlagzeilen in der Vergangenheit befürchtet die GSoA, die den Kauf neuer Kampfjets mit einer Volksinitiative verhindern will, dass in der Schweiz Parlamentarier mit einem Mandat im Dienst der Herstellerfirmen stehen. Solche Interessenbindungen müssten offengelegt werden, fordert die GSoA. Es stünden weder heute noch in Zukunft Bundespolitiker in ihrem Sold, betonen demgegenüber die drei Bewerber für den Kampfjet-Auftrag übereinstimmend.

## Classe politique

Gerold Lauber, oberster Zürcher Bademeister, bereichert die Sprache. «Bitte Karte touchen», verlangt ein neu installiertes, topmodernes Drehkreuz in einem Zürcher Hallenbad von den Gästen. Karte touchen? Soll man das Abonnement einfach anfassen? Soll man es streicheln? Womöglich zärtlich? Mag das Abonnement so etwas? Man weiss es nicht. Was man weiss: Lauber spricht eigentlich Walliser Dialekt. Insofern ist es begreiflich, dass es im Verkehr mit Stadtzürcher Badegästen zu Verständigungsschwierigkeiten kommt.

Roland Brogli, Aargauer Regierungsrat, sticht die traditionellen Weinkantone aus. Wenn am Montag in Bern das Haus der Kantone eröffnet wird, stösst man nicht mit einem edlen Westschweizer Weissen oder einem feinen Fläscher Pinot an. Nein, gereicht werden ein Tegerfelder Sauvignon blanc und ein Goldwändler Blauburgunder – aus dem Aargau. Wer nun meint, die Aargauer spendeten den Wein nur, damit sie ihn nicht selber trinken müssten, irrt: Immerhin handelt es sich um den von Brogli offiziell gekürten Aargauer Staatswein. Santé!

Patrizia Pesenti, Tessinerin, hat Schmetterlinge im Bauch. Seit die SP-Regierungsrätin mit ihrem Lega-Kollegen Marco Borradori Hand in Hand und auch sonst ganz innig beobachtet wurde, rätselt man im Kanton über die neue Art des gelebten Kollegialprinzips. Wenigstens Lega-Präsident



Patrizia Pesenti, Marco Borradori (Key)

Giuliano Bignasca lässt sich durch die parteiübergreifende Turtelei in der Exekutive nicht beeindrucken. «Pesenti?», sagt er nur: «Nicht schlecht. Aber sie braucht ein paar Kilo mehr auf den Rippen.»

Toni Brunner, Kämpfer wider den ausufernden Staat, optimiert sein quasifamiliares Einkommen. Schon bisher liess sich der SVP-Präsident als Bauer und Nationalrat zu guten Teilen vom Bund ernähren. Jetzt erhält auch Brunners Lebenspartnerin Esther Friedli den Lohn-Check vom Staat. Der St. Galler SVP-Regierungsrat Stefan Kölliker hat Friedli als Generalsekretärin ins Regierungsgebäude geholt. In St. Gallen gilt die Personalie weitherum als heikel, zumal sich Kölliker und Brunner nicht nur politisch nahestehen. Wir dagegen können das Gemäkel am neuen Job für Brunners Freundin überhaupt nicht verstehen: Zahlt man für so ein fieses Paar die Steuern nicht besonders gerne?

# Merz will Feuerwehrsold nur teilweise von Steuern befreien

Finanzminister Hans-Rudolf Merz schlägt dem Bundesrat eine Steuerfreigrenze von maximal 400 Franken des Feuerwehrsoldes pro Jahr vor.

Heidi Gmür

Das Geschäft passierte einst im National- und Ständerat ohne Diskussion: Der Feuerwehrsold soll steuerfrei werden; analog zum Sold für Militär- und Zivilschutzdienst und dem Taschengeld für Zivildienst. Auch der Bundesrat hatte sich im Jahr 2004 hinter die entsprechende Motion gestellt, die der frühere SP-Nationalrat Boris Banga eingereicht hatte. Am nächsten Mittwoch soll der Bundesrat die Vernehmlassungsvorlage für die entsprechende Gesetzesrevision verabschieden. Allerdings will Finanzminister Hans-Rudolf Merz dem Bundesrat keine generelle Steuerbefreiung des Feuerwehrsoldes beantragen. Vielmehr sieht sein Antrag einen Steuerfreibetrag von maximal 400 Franken pro Jahr vor; für Kaderleute sollen maximal 600 Franken von



Teile einer Feuerwehrausrüstung.

der Steuer befreit werden. Dies bestätigen mehrere unabhängige Quellen in der Bundesverwaltung. Betroffen sind rund 110 000 Personen, die bei der Feuerwehr freiwillig Dienst leisten. Die zu erwartenden Steuerausfälle sind in der Vorlage offenbar nicht beziffert.

Die vorgesehenen Freibeträge von 400 und 600 Franken, die Merz in das bundesrätliche Mitberichtsverfahren geschickt hat, lösen bei der Feuerwehr-Koordination Schweiz (FKS) wenig Begeisterung aus. «Diese Informationen bestätigen unsere Befürchtung, dass es dem Bund nicht wirklich ernst ist mit

der Steuerbefreiung», sagt FKS-Generalsekretär Beat Müller auf Anfrage. Der Vorschlag zeuge zudem von «sehr bescheidenen Kenntnissen über das Feuerwehrwesen in der Bundesverwaltung, kennen doch mehrere Kantone heute schon die Steuerbefreiung oder wesentlich höhere Freibeträge».

Die Regierungskonferenz der FKS hatte Ende Mai im Hinblick auf die Umsetzung der Motion Banga «das rasche Einsetzen einer paritätischen Arbeitsgruppe aus Bundes- und Kantonsvertretern» gefordert, zumal sowohl Bund als auch Kantone betroffen seien. «Unser Anliegen war, gemeinsam eine tragfähige Lösung zu erarbeiten, zumal die Materie wegen der unterschiedlichen Regelungen in den Kantonen und Gemeinden äusserst komplex ist», sagt Müller. Die Eidgenössische Steuerverwaltung habe der Regierungskonferenz indes kürzlich eine Absage erteilt. «Man beschied uns, dass wir im Rahmen der Vernehmlassung Gelegenheit hätten, uns zu äussern», sagt Müller. Das Finanzdepartement wollte keine Stellung nehmen, weil es sich um ein hängiges Bundesratsgeschäft handle.